

Runter kommen sie immer

von

Heiner Flassbeck

WuM, Januar 2002

In der Konjunkturpolitik scheint man sich in Deutschland statt konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung der Rezession immer mehr auf Volksweisheiten zu besinnen, wenn es darum geht, vom Nichtstun abzulenken. Auf dem SPD - Parteitag in Nürnberg im November wurde gar die alte Pilotenweisheit bemüht, wonach das Land kein Problem ist, denn "what goes up must come down". Nur kehrte man den Spruch kurzerhand um und tröstete sich mit einem schallenden "what goes down must come up". Wer nur Geduld genug hat, so die frohe Botschaft der SPD Ökonomen, werde den Aufschwung erleben, denn es habe noch keine Wirtschaft gegeben, die immer am Boden geblieben ist.

Da ist was dran. Irgendwann ging es in der Tat immer aufwärts. Einmal im letzten Jahrhundert ging es wieder aufwärts als fast 20 % der Arbeitswilligen ihre Arbeit verloren hatten und das gesamte politische System in Trümmern lag. Dreimal in den letzten 30 Jahren ging es wieder aufwärts, nachdem die Zahl der Arbeitslosen um mehr als eine Million gestiegen war und die Volkswirtschaft unglaubliche Summen in Form von Realeinkommen verloren hatte. Ebenfalls dreimal in den letzten 10 Jahren, auch das sollte man nicht vergessen, ging es nach einer Abschwächung wieder leicht aufwärts, nur um ein oder zwei Jahre später schon wieder abwärts zu gehen. Rauf geht es also immer, nur wie die Volkswirtschaft nach der Rezession aussieht, da gibt es doch leichte Unterschiede.

Schon jetzt sind die Folgen der scheinbar kurzen "Delle" im Wachstumspfad der deutschen Volkswirtschaft beachtlich. Verglichen mit einer Wachstumsrate von 3 % in den beiden Jahren 2001 und 2002 dürften sich, nimmt man die jetzt vorliegenden Prognosen zum Maßstab, die Verluste beim Realeinkommen auf mehr als 70 Milliarden Euro belaufen, vom Anstieg der Arbeitslosigkeit und den damit zusammenhängenden Folgekosten ganz zu schweigen. Zudem, wer weiß denn, ob die Prognostiker nicht wieder daneben liegen und in diesem Jahr das Wachstum nicht bei 0,7 Prozent liegt, sondern vielleicht bei minus ein Prozent? Und wer kann heute im Ernst ausschließen, daß es 2002 überhaupt noch nicht aufwärts geht, sondern erst 2003 oder 2004? Nicht einmal den ganz großen Zusammenbruch der Weltwirtschaft schließt heute auch nur ein ernstzunehmender Prognostiker definitiv aus.

Doch selbst wenn das beste aller Szenarien eintritt, also eine Erholung der Weltwirtschaft im Laufe dieses Jahres, wer sagt denn, daß die darauffolgende Aufwärtsbewegung ausreicht, auch nur eines der drängenden Probleme in Deutschland und in Europa zu lösen. Viele, und gerade die Regierungsparteien, scheinen sich darauf zu verlassen, daß es eine Automatik der Rückkehr zur Wachstumsrate von 2000 gibt, die bei 3 Prozent lag. Offenbar verläßt man sich vollkommen auf die Wirkung der "strukturellen Reformen", wie Steuerreform und Rentenreform, die die Regierung in den ersten Jahren ihrer Amtszeit unter Dach und Fach gebracht hat.

Das ist aber eine gewaltige Illusion. An eine Rückkehr zu drei Prozent Wachstum ist überhaupt nicht zu denken. Übersehen wird offenbar, daß diese Wachstumsrate zum größten Teil einer in einmaligem Tempo expandierenden Weltwirtschaft geschuldet war und nicht den

eigenen Leistungen, was sich unmittelbar daran ablesen läßt, daß in den vergangenen Jahren nur eine einzige Verwendungsgröße der Volkswirtschaft weit jenseits der für die 90er Jahre üblichen Zuwachsraten zulegte, und das war der Export. Um über 13 Prozent stiegen 2000 die deutschen Lieferungen in das Ausland in realer Rechnung, eine Rate, die vor allem vom Boom in den USA und dem schwachen Euro erklärt wird, und auf Jahre hinaus nicht mehr zu erreichen sein dürfte.

Es ist schon putzig, wenn zur Erklärung des Abschwungs in Deutschland massiv auf die Rezession in den USA verwiesen wird, der man sich habe nicht entziehen können, bei der Erklärung des Aufschwungs zuvor dieser Faktor aber schlicht vergessen wird. Übersehen wird in der gesamten wirtschaftspolitischen Debatte aber auch, daß die Rentenreform ab 1.1.2002 die Konjunktur massiv schädigt, sollten sich die Konsumenten von den hohen Subventionen wirklich zu mehr Sparen verleiten lassen. Und übersehen wird schließlich, daß die Steuerreform konjunkturell überhaupt nichts bringt, wenn der Staat die Entlastungswirkungen - und mehr als das - an anderer Stelle wieder einspart, wie das im Zuge der Haushaltskonsolidierung vorgesehen ist.

Vielleicht erholt sich die Wirtschaft in diesem Jahr. Vielleicht aber nur auf eine Wachstumsrate von 0,9 Prozent, nach 0,7 im letzten. Vielleicht geht es 2003 auf ganze 1,3 Prozent und 2004 auf noch ein bißchen mehr. Vielleicht gibt es aber 2005 schon wieder einen Abschwung, was dem Muster der 90er Jahre durchaus entsprechen würde. Was tun die verantwortlichen Politiker dann? Wieder darauf verweisen, daß die umgedrehte Pilotenweisheit noch immer richtig ist? Nichts als ein solches, eigentlich ganz harmloses Szenario zeigt die Misere der deutschen und der europäischen Wirtschaftspolitik in den letzten 20 Jahren in voller Klarheit. Weil man glaubte, aktiver Konjunkturpolitik ein für allemal abschwören zu müssen, hat man eine fatalistische Einstellung entwickelt, die darauf hinausläuft zu sagen, gegen Konjunkturschwankungen könne man ohnehin nichts tun. Besser sei es, auf langfristige Reformen auf der Angebotsseite zu setzen, die die Wachstumsrate dauerhaft beeinflussen.

Das aber ist, wie sich derzeit wieder zeigt, der entscheidende Irrtum. Stärker als die Auswirkung aller Reformen auf die Wirtschaft wirkt immer die konjunkturelle Lage. Die Zahl der Unternehmenssteuerreformen in den letzten zwei Jahrzehnten ist Legion, die Lohnzurückhaltung ist sprichwörtlich, die Privatisierung ist weiter gegangen, als viele dachten, und die Deregulierung ist erheblich vorangekommen. Doch das alles hat keinerlei stabilisierende Wirkung auf die Wirtschaft. Ein scharfer Wind der Weltwirtschaft haut sie um wie immer, die Investitionen werden zurückgefahren, sobald die Umsätze sinken, und die Arbeitskräfte werden bei einem Nachfrageeinbruch entlassen, ganz gleich, wie niedrig die Löhne im Verhältnis zur Produktivität sind. Bei so viel Ungerechtigkeit verlegen sich die Politiker auf's Lamentieren: Man tut alles für die Unternehmen und die tun für einen nichts. Besser wäre es, ein wenig realistische Ökonomie zu lernen, damit man das nächste Mal weiß, was man wann tun sollte und was man schlicht lassen kann.